

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Johannes Hübner

und weiterer Abgeordneter

**betreffend das Vorhaben in Angelegenheiten der Europäischen Union:
COM(2012) 750 final – Mitteilung der Kommission/Jahreswachstumsbericht
2013 (99652/EU XXIV.GP)**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 9 über den Bericht des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union über das Vorhaben in Angelegenheiten der Europäischen Union: COM(2012) 750 final – Mitteilung der Kommission/Jahreswachstumsbericht 2013 (99652/EU XXIV.GP) (2165 d.B.) in der 191. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 27. Februar 2013

Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Jahreswachstumsbericht 2013 ist ein zentrales Element des Europäischen Semesters, das neben der Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, der Stärkung der Haushaltsdisziplin und makroökonomischen Stabilität, zur Verwirklichung der Ziele der Europa 2020-Strategie für „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ beitragen soll.

Eine der zentralen Aussagen des vorliegenden Jahreswachstumsberichts 2013 ist sinngemäß, dass trotz der bisherigen Anstrengungen in den einzelnen Mitgliedstaaten und angeblich erster Erfolge, die Reformanstrengungen aufrechterhalten werden müssen, um zum einen die Krise zu überwinden und zum anderen Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und die Mitgliedstaaten langfristig zu stärken.

So weit, so gut. Auch gegen die bereits im Vorjahr festgelegten Prioritäten, nämlich eine differenzierte, wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung, die Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, ist nichts einzuwenden, handelt es sich dabei doch um ohnehin klare Erfordernisse an eine rationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Aber auch im Weiteren folgen in diese Bericht Wiederholungen von Phrasen, wie man sie – leider nichts Ungewöhnliches – in den meisten derartigen Papieren der Europäischen Union wiederfindet. Daraus ergibt sich eine besonders visionslose Inhaltsleere, die nicht nur dadurch zum Ausdruck kommt, dass man einmal mehr zentrale Ursachen für die Probleme der europäischen Volkswirtschaften, bzw. Arbeitsmärkte unbeachtet lässt, wie etwa die nach wie vor überbordende Zuwanderung nach Europa. Auch leugnet man weiterhin die große Eigenverantwortung der zentralen europäischen Institutionen und Organe für die Ursachen der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, deren Ende noch lange nicht in

Sicht ist, und – beschränkt man sich weiterhin auf solch inhaltsleere Maßnahmenkataloge – auch nicht in Sicht kommen wird.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, auf europäischer Ebene in den zuständigen Gremien der Europäischen Union ihre Missbilligung gegenüber dem Jahreswachstumsbericht 2013 der Europäischen Kommission zum Ausdruck zu bringen, da sich dieser inhaltsleer in der Wiederholung altbekannter Phrasen erschöpft und die Verantwortung der Institutionen der Europäischen Union für die Krise leugnet.“

